

Ja zu Finanzhilfen für Griechenland - Nein zur Kapitulation vor den Finanzmärkten

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen,

in den vergangenen Wochen ist der griechische Staat einer Pleite immer näher gerückt, unter Anderem auch aufgrund der zögerlichen Solidaritätszusagen der europäischen Partnerländern wie Deutschland.

Griechenland hatte bereits nach den ersten Anzeichen einer Zuspitzung Ende letzten Jahres ein erstes Sparpaket aufgelegt. Als die SPD Bundestagsfraktion die Bundesregierung im Februar um Informationen und ein schnelles gemeinsames Vorgehen bat, wurde nur abgewiegelt: kein Handlungsbedarf!

Inzwischen liegt das dritte Sparkonzept Griechenlands vor - betroffen sind hauptsächlich die Menschen, die mit den Gründen der Krise am wenigsten zu tun haben: Rentner und Rentnerinnen und Familien. Der IWF und die EU haben ein Paket mit Finanzhilfen ausgearbeitet. An diesem beteiligt sich nach der Abstimmung am 7. Mai auch Deutschland.

Am 7. Mai hat der Deutsche Bundestag über die gesetzliche Ermächtigung des Bundes abgestimmt, innerhalb der nächsten drei Jahre für Kredite in Höhe von maximal 22,4 Milliarden Euro an Griechenland zu bürgen. Ich habe mich bei der Abstimmung enthalten und diese Entscheidung war nicht einfach.

Ich halte die Hilfe für Griechenland für alternativlos. Deswegen unterstütze ich das internationale Rettungspaket und die deutsche Beteiligung daran. Die Krise in Griechenland kann zu einer Krise für den gesamten Euro und damit auch für uns werden. Deutschland ist eine Exportnation. Wir brauchen eine stabile Währung, sonst wären hunderttausende Arbeitsplätze bei uns gefährdet. Wir müssen Griechenland helfen - schon aus eigenem Interesse!

Ich habe mich bei der Abstimmung trotzdem enthalten. Denn die Bundesregierung schlägt auch hier den falschen Weg ein. Sie kapituliert vor den Finanzmärkten und bürdet die Last der Finanzhilfen allein dem Bürger auf. Das hilft vielleicht für den Moment Griechenland - und ebnet den Weg in die nächste Krise für das nächste Land.

Die Regierung hatte die Möglichkeit zu einer breiten Mehrheit im Parlament - und hat sie verspielt. Die Kosten der Krise dürfen nicht nur auf die Bürger abgewälzt werden, sondern die Mit-Verursacher müssen auch ihren Teil dazu beitragen. Und um zukünftige Krisen zu verhindern brauchen wir eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte.

Die SPD hat dazu Vorschläge gemacht. Zum Beispiel eine Finanztransaktionssteuer, die gerade nicht jeden Sparer belastet, das Verbot von spekulativen Geschäften, die Regulierung von Rating-Agenturen und Verbesserung des Anleger- und Verbraucherschutzes. Vorschläge, die auch die Experten als durchführbar angesehen werden. Aber mit der derzeitigen Koalition ist dies leider nicht zu machen.

Europa muss den Bürgerinnen und Bürgern gehören und darf nicht weiterhin Spekulationsspielzeug von Finanzmarktakteuren sein.

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read "K. Lehmann". The signature is written in a cursive style with a large, stylized initial "K" and a long, sweeping underline.